ZECK

zeitschrift für noch viel mehr jahre

Nr. 84 | November 1999



10 Jahre Rote Flora

Statt eines Vorworts

»(...) Auch und schon immer oder schon wieder. Besetzte Räume sind visuelle Brüche in der herrschenden Ordnung. Anregung und Zeitgeistmetapher der Revolte. Die Rote Flora ist ein Ausdruck unserer nicht nachlassenden Sehnsüchte nach Veränderung. Eine Wegemarke, gesetzt von provozierenden NachtschwärmerInnen und melodramatischen Kämpfen. Ein ständiger Alptraum im Koordinatensystem der Stadtplanerinnen und Aufstandsbekämpfer. Einfach ein störender Punkt in ihrem Raster voller Harmonie und Einklang. Und wir lieben es wirklich solche Ärgernisse zu bereiten.
Lebendigkeit erfahren solche Projekte wie die Flora, nur darüber, daß sie genutzt werden. Daher ist sie für uns nicht nur ein Haus sondern auch mehr. Die Summe politischen und kulturellen Handelns in und um sie herum. Selbstbestimmung und Kollektivität sind in der Flora Phrasen zum anfassen. Damit landen wir wieder bei den Müllbergen, die Ausdruck unserer Erfolge aber auch unseres Scheiterns sind. Weil steingewordene Utopien auch Enttäuschungen, Ärger und Frust bedeuten ist das Projekt einem ständigen Wechsel unterworfen. Neue Menschen beginnen sich in der Flora zu engagiern, anderen reicht es erstmal und sie machen Pause oder hören ganz auf. Einige Räume werden von Gruppen neu genutzt, andere immer noch wie in den ersten Tagen der Besetzung, wieder andere werden zur Müllhalde und liegen brach. Aber in Wirklichkeit sind sie gar nicht ungenutzt. Sondern Gebiete, die wie Abbruchhäuser und verwahrloste Plätze im öffentlichen Raum, irgendwann ein Eigenleben entwickeln und das vorherige zum Antagonismus erklären. Also Hände aus den Hosentaschen und auf zur Erkundung der Stadt. Überall sind Orte und Räume des Widerstandes. Wucherungen der Flora und andere Unkräuter, die der herrschenden Ordnung jede Nacht ›Delete yourself you got no chance to win‹ ins Ohr flüstern. Solange bis deren virtueller Glückseeligkeit endgültig das Licht ausgehen wird. Watch out!«

Diese und andere Wahrheiten findet ihr im Flora-Festspielprogramm zum 10jährigen Jubiläum des Kastens.

Inhalt





Impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Dekkungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Kippt das Schanzenviertel

Film am 8.11.99 um 20.30 Uhr im 3001
Ein Aktionstag gegen Rasismus, Sicherheitswahn und staatliche Drogenpolitik Hamburg 1999, 50 min.
Ein Film vom Vorbereitungskreis des Aktionstages gegen Rassismus, Sicherheitswahn und staatliche Drogenpoltik aus der Roten Flora sowie der gruppe demontage in Zusammenarbeit mit dem mpz – medienpädagogik zentrum hamburg.
Am 27. Februar diesen Jahres beteiligten sich ca. 300 Leute an einem Aktionstag im Hamburger Schanzenviertel, mit dem die herrschende Drogenpolitik, rassistischer Dealerhatz – auch aus der gesellschaftlichen Mitte – und die staatliche Repressionspolitik problematisiert wurden. Der Film dokumentiert sowohl die Aktionen als auch die Entwicklung der letzten Jahre und den gegenwärtigen Stand der Diskussion:
- wie konnte sich in breiten Kreisen des Hamburger Szene-Viertels Rassismus gegen „schwarze Drogendealer" durchsetzen ?
- welche Rolle spielen die staatliche Vertreibungspolitik und die polizeiliche Repression gegen die Drogenszene ?
- was bezweckt die herrschende Medienkampagne neben einer Aufwertung des Viertels, der Dämonsierung des Sub-Proletariats und eines Angriffs auf linke Strukturen wie die Rote Flora?
- Hat sich die linksradikale Politik vom „Dealer verpisst euch" zu einer anti-nationalen und anti-rassistischen Politik gewandelt ?
- Wenn früher die Politik gegen Umstrukturierung von einer breiten Bewegung getragen wurde, wie kann heute aus einer Positin der Minderheit Politik gemacht werden ?

Cafè & Buch – Letzter Hilferuf!

Cafè & Buch braucht dringend neue Kundinnen und Kunden – und Spenden !
Cafè & Buch ist ein Buchladen. Wir verstehen den Laden als Form linker Öffentlichkeit, wo Du dich austauschen und informieren kannst. Das Kollektiv Cafe & Buch hatte `78 als Erwerbsloseninitiative gegründet und wird seit `92 als FrauenLesben-Kollektiv fortgeführt. Dabei ist es für uns kein Widerspruch, dass der Laden Frauen und Männern zugänglich ist.
Bücher – Stöbern – Kaffee – Erzählen – Bestellen – Diskutieren
Zu finden sind viele Bücher zu Themen wie Feminismus, Politik, Lesben, neue Rechte, Antisemitismus, Rassismus, Sexuelle Gewalt, Hamburg, Knast, Widerstand, Kinderbücher... und klar Krimis und Romane !
Vorrangig bieten wir Bücher aus kleinen Verlagen an. Unseren feministischen Schwerpunkt versuchen wir durch alle Rubriken zu ziehen. Bei Cafè & Buch arbeiten wir alle unentgeltlich. Ein FrauenLesben-Kollektiv ist eine Arbeits- und Lebensform die uns Spaß macht und die wir politisch wichtig finden.
Cafè & Buch mit seinem von uns bestimmten Sortiment, spuckt aber auch keinen Pfennig zu viel aus – viel zu oft viel zu wenig !
Gerade heißt es, gegen das Schließen des Ladens anzukämpfen. Wie Cafè & Buch also in Zukunft aussehen wird – daran tüfteln wir gerade. Frauen die Lust haben mitzugestalten, sind uns gerade recht !
Wir sind ungelernt, motiviert und chaotisch – schaut vorbei, Kaffee und Zeit haben wir da !
Cafè & Buch, Tel.: 4322474, Marktstr. 114, Offen: mo-fr 13-18.30 Uhr, sa 11-15 Uhr

Demo für Soziales Zentrum

Liebe Freundinnen und Freunde selbstverwalteter Zentren!
Wie ihr vielleicht den zahlreichen Plakaten und Flugblättern vorigen Monat entnommen habt, sollte am 23. Oktober in Norderstedt eine »Bunter Unzug«- genannte Demonstration für den Erhalt des »Sozialen Zentrums« stattfinden.
Diese Demo ist **verschoben auf den 20. November**, mit dem Ziel, noch mehr interessierte Menschen zu erreichen, die autonome Zentren wie das SZ gut finden und unterstützen wollen.
Der Nutzungsvertrag mit der Stadt Norderstedt läuft Ende August 2000 aus, die Neuverhandlungen beginnen wir jetzt mit dieser Demo, die wir als Auftakt nutzen wollen, um zu zeigen, daß wir bunt und vielseitig und vor allem *viele* sind, die das Soziale Zentrum nutzen und erhalten wollen.
Daher der dringende Aufruf, sich am 20.November *um 12* Uhr auf dem Rathausmarkt an der *U1-Station Norderstedt-Mitte* einzufinden !
Bisher ist für den Umzug ein breitgefächertes Programm geplant, mit Live- und Konservenmusik, Glühwein, Gewinnspielen, artistischen Einlagen, und... Im Anschluß gibts außerdem ein Konzert und VoKü im SZ, ab ca. 15 Uhr.
Wir sind in der Planung befindlich und freuen uns über weitere Ideen, konkrete Initiativen und UnterzeichnerInnengruppen für Plakate und Flugblätter. Die betreffenden Plakate (noch ohne Unterschriften) findet ihr unter http://www.nadir.org/sz, z.B. am Info-Terminal in der B5.
Und nochmal:

Kommt alle am 20. November nach Norderstedt und unterstützt uns!

Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6/6a,
22846 Norderstedt, 040 52950103,
sz@inferno.nadir.org



Nazidemo in Flensburg

Für den 23.10.99 hatten verschiedene Neonazistische Gruppen (u.a. die freien Kameradschaften) eine Demo gegen das Wohnprojekt „Hafermarkt" angemeldet. Um die 300 AntifaschistInnen gelang es, den Aufmarsch (75 Nazis) massiv zu behindern. Die Polizei, zunächst aufgrund einer falschen Einschätzung der Antifa-Mobilisierung mit geringen Kräften vor Ort und erst gegen Mittag durch eine Hundertschaft aus Kiel verstärkt, nahm 57 AntifaschistInnen kurzzeitig in Gewahrsam.

Demonstration gegen die Nazis, die sich die Kneipe „Crazy" als regelmäßigen Treffpunkt ausgesucht haben

Am 22.10.99 fand in Norderstedt eine Demonstration gegen einen sich neu entwikkelnden Nazitreffpunkt in Norderstedt statt. Aus dem Flugblatt:
„(..) Die Kneipe „Crazy" am alten Kirchenweg hat sich nach unseren Beobachtungen als ein Treffpunkt von Naziskins und ihren Mitläufern etabliert. Wir lassen es nicht zu, daß den Rechtsradikalen weiterhin öffentlicher Raum überlassen wird, in dem Nichtdeutschen und Andersdenkenden kein Platz gelassen wird. Deshalb fordern wir den Wirt und die Gäste des „Crazy" auf, die Faschisten auf, die Faschisten keine Sekunde länger in der Kneipe zu dulden! (..)"

Drogenpolitik

Ein Leserinnenbrief zu »Einmal ist Keinmal« (Zeck Nr. 83)

Vor 11 Jahren fingen ein paar meiner Freunde an Heroin zu nehmen. Das war der Zeitpunkt an dem ich mit »dem Autonomen« (gemeint sind die Autonomen, die ich damals kannte, bei deren Veranstaltungen und Diskussionen ich mich beteiligte) abschloss, da ich merkte, dass im Hinblick auf Heroin und -Konsumenten die gleichen blödsinnigen Vorurteile vorherrschten wie im Rest der Gesellschaft.
Ich empfehle jedem, der sich über eure Politik und die Drogenszene ärgert, sich erstmal mit der Materie auseinanderzusetzen!
Ich lernte damals:
- Heroin ist nicht gesundheitsschädlich (höchstens die Einnahme also das Spritzen oder Rauchen und das Streckmittel), wenn man es anders und als reines Heroin einnimmt kann man damit 80 werden.
- Von der Wirkung ist es so, daß jemand, der es täglich einnimmt, völlig »normal« ist - also ohne Probleme seinem Job (oder anderen Tätigkeiten) nachgehen kann.
- Die Leichen die man in der Schanze oder am Hauptbahnhof sieht, sind Produkte der restriktiven Drogenpolitik. Ich habe leider am Rand mitbekommen wie die »Szene« durch die herrschende Drogenpolitik immer kaputter wurde. Vor 12 Jahren nahmen die meisten Junkies nur Heroin. Es wurde Dank der kurdischen Dealer, immer billiger und es war sogar manchmal auf der Straße noch reines Heroin zu bekommen. Durch die Verfolgung der Dealer und Junkies wurde immer mehr gestreckt, und die Junkies fingen an, sich Tabletten mit in ihre Spritzen zu mischen. Das ist ein Grund für die Drogentoten. Von Tabletten (wie z.B. Rohipnol und andere Benzodiazepine) rennen die Leute so vollgeknallt durch die Gegend. Benzodiazepine sind total gesundheitsschädlich und hochgradig süchtigmachend. Das Methadonprogramm, das viele Leute nicht befriedigt, tat sein übriges dazu. Die Leute, die man täglich in der Schanze sieht, nehmen alles durcheinander: bis auf Unkenntlichkeit gestrecktes Heroin, Methadon, Tabletten, Kokain (was auf viele Leute wirklich teuflisch wirkt und ich persönlich für die gefährlichste Droge halte), Haschisch etc. etc...
- Meine Sicht der Dealer änderte sich auch grundlegend. Ich lernte, daß die Leute erstmal durch die Umstände anfangen zu dealen und nicht allein das Dealen schlecht und böse ist, sondern wie jemand sein Geschäft betreibt: Ob er an Minderjährige, nicht-süchtige, gestreckten Stoff verkauft oder Leute abzieht - Das sind die Sachen die ich verurteile.
Ich kenne einige Leute, die täglich Heroin nehmen. Diese Leute würde niemand auf der Straße als Süchtige erkennen, da sie es geschafft haben mit ihrer Sucht zu leben und sich ihre Sucht zu finanzieren (meistens durch gut-bezahlte Jobs). Das sind Freunde von mir, denen ich meinen Wohnungsschlüssel anvertraue, wenn ich wegfahre.
Ich habe gemerkt, dass meine Freunde Heroin als Medizin brauchen. Es hilft ihnen sich hier in dieser Gesellschaft zurechtzufinden. Und man kann sie nicht nur, weil sie die falsche Droge nehmen (Alkohol ist zudem noch schwer gesundheitsschädlich und wirkt ganz anders), einfach wegsperren.
Versteht mich nicht falsch - Wenn ich ehrlich bin, ist meine Verachtung für die Leute, die auf der Szene - vor der Flora und anderswo - stehen mit den Jahren gewachsen. Aber nicht, weil ihr Anblick mich stört, sondern weil ich weiß, dass man sich, wenn man Heroin nimmt nicht zwangsläufig so verhalten muss: Man muss nicht voll in der Ecke rumliegen, andere Leute abziehen und anscheissen oder sich auf Spielplätzen Heroin spritzen und die Spritzen in die Gegend schmeissen. Aber die Leute sind Produkte unserer Gesellschaft, unserer Vorurteile und der restriktiven Drogenpolitik. Die Drogenszene ist ein Spiegel unserer Gesellschaft. Nicht jeder ist so stark, sich bewusst für seine Sucht zu entscheiden und einen Weg zu finden mit seiner Sucht zu leben, seine Sucht zu finanzieren und sein Selbstbewusstsein zu behalten. Deshalb denke ich die »Szene« ist jetzt nun mal im Schanzenviertel und vor der Flora, also gehört sie mit zum Leben im Viertel. Jeder Weg etwas an ihrem Verhalten zu ändern kann nur über Gespräche laufen. (Daß zum Beispiel nicht auf Spielplätzen nicht gespritzt wird etc. etc.)
Seit einiger Zeit verfolge ich euren Weg, euch für die Junkies vor der Flora einzusetzen und euren Kampf gegen die herrschende Drogenpolitik mit Bewunderung. Mir ist aufgefallen, dass ihr euch anscheinend wirklich vorurteilsfrei mit dem Thema auseinandergesetzt habt. Ich kriege mit, dass durch eure Haltung eine Räumung wieder wahrscheinlicher geworden ist, da ihr deshalb die Unterstützung im Viertel verliert (Mich erschreckt die aufgeheizte Stimmung im Schanzenviertel sehr). Ich finde es bewundernswert, dass ihr trotzdem bei euren Ansichten bleibt und euch auch gegen die teilweise spiessigen Ansichten aus den eigenen Reihen wehrt.
Ich schreibe euch jetzt auf euren Artikel: »Einmal ist Keinmal«. Die anderen Artikel habe ich leider nicht mitbekommen, da mir dieses Heft zufällig in einer Kneipe in die Hände gefallen ist. Da ich selbst diese Drogenpolitik und Vorurteile so ungerecht und fern von jeder Realität finde, suche ich schon seit längerem einen Weg politisch etwas dagegen zu tun. Trotzdem gebe ich meinen Namen und Adresse nicht an, da ich gemerkt habe wie schnell so eine Meinung staatliche Verfolgung nach sich zieht.

Eine Symphatisantin

Soli- Konzert am 2.12.99:

Die Sterne und Concord

Die Rote Flora hat in der Auseinandersetzung im Umgang mit der Drogenszene und der damit einhergehenden Hetze gegen Dealer Position bezogen. Dieser Position entspricht es, bei rassistischen Personenkontrollen nicht wegzuschauen, sondern sich einzumischen. Einzumischen auf der Seite der Betroffenen, die in einer konkreten Situation mit einer Personenkontrolle durch die Polizei konfrontiert sind und in deren Folge mit einem Platzverweis oder einer Festnahme zu rechnen haben. Diese Haltung ist im Schanzenviertel leider nicht alltäglich und steht im krassen Widerspruch zur herrschenen Politik. Deshalb sind Personen aus dem Floraspektrum immer wieder Angriffspunkt für die Staatsgewalt gewesen - und werden es auch weiterhin sein.
Ein Prozeß wegen "Nötigung von Polizeibeamten" fand in der Vergangenheit seinen Weg zu Amtsrichter Schill, der bereits in anderen Verfahren keine Gelegenheit ausgelassen hat, seine Ansichten über die 'Milde der Justiz' und die angebliche Narrenfreiheit von Roter Flora und Hafenstrasse in der Stadt in den Medien kund zu tun. Sein Urteil wegen "Nötigung von Polizeibeamten" in der vollkommen jenseitigen Höhe von 16 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung (sic!) fand denn auch eine entsprechende Beachtung in den Hamburger Medien. Das in den Folgemonaten ergangene Berufungsurteil von 4 Monaten auf Bewährung fand diese Beachtung nicht mehr. Es stellt aber auch ein vollkommen überzogenes Strafmaß dar, welches die gleiche Empörung verdient gehabt hätte.
Wir wollen am 2.12.99 einen Abend in der Flora ausrichten, an dem wir über den aktuellen Stand des Prozesses informieren. Darüberhinaus soll es um die Thematik 'öffentlicher Raum und Vertreibung' gehen. Es wird der Film „Alles muß raus" gezeigt, ein Video-Film von Olaf Sobzcak und Irene Bude, der sich mit der Vertreibung im und am Hamburger Hauptbahnhof beschäftigt.
Anschließend werden zur Bestreitung der Prozeßkosten die Bands *Concord* und *Die Sterne* aufspielen.

Veranstaltung: 19.30 Uhr
Konzert: 21.30 Uhr

Brandanschlag auf das Wohnprojekt Kleiner Schäferkamp

In der Nacht vom 11. auf den 12. 10. wurde von Faschisten auf das Wohnprojekt im Kleinen Schäferkamp (KSK) ein Brandanschlag verübt. Ein Molotow-Cocktail traf ein Fenster im ersten Stock und brannte sich durch den Fensterrahmen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt und auch größerer Sachschaden konnte verhindert werden. Im Briefkasten des Hauses wurde ein „Aktionsaufruf gegen die geplante Bauwagensiedlung der Chaoten in Hamburg-Nord"gefunden, in dem plattpolemisch zu Aktionen gegen „Bauwagen-Chaoten und ihre Helfeshelfer" aufgerufen wird.

Das genannte Hauptangriffsziel ist demnach der Bauwagenzusammenhang „Hamburg-Nord", womit wohl die Gruppe Dosengarten gemeint ist, die nach ewig langem Suchen, ständiger Vertreibung und staatlicher Repression mittlerweile auf dem Parkplatz Braun am Volksparkstadium ihre Wagen stehen hat und sich um eine dauerhafte Bleibe in Hamburg-Nord bemüht. Dies rief eine lokale Bürgerwehr auf Plan, und auch die CDU hetzt gegen die Entstehung eines weiteren Bauwagenplatzes.

Als Motiv für den aktuellen Anschlag diente möglicherweise der Umstand, daß sich im Erdgeschoß des Hauses der Infoladen Schwarzmarkt befindet und die Gruppe Dosengarten dort ein Postfach unterhällt.

Als weitere potentielle Ziele der Faschisten, die sich unter wenig greifbaren Namen wie „Skinheads Bramfeld, Barmbeker Skins, Lohbrügger Sturm 15, HSV-Sturm Mob" unter den gefundenen Aktionsaufruf als Unterstützer gesetzt haben, werden Projekte wie Hafen, B5 oder die Rote Flora genannt.

Zudem wurde bereits nach Überfällen am 2. Oktober auf das Soziale Zentrum Norderstedt und den Bauwagenplatz Phase I in Norderstedt dasselbe Flugblatt wie im KSK gefunden, so daß von einer größeren Offensive Hamburger Nazis gegen Linke Zentren und Bauwagenplätze ausgegangen werden kann.

Die oben genannten „ Unterstützer" des Anti-Bauwagenplatz-Pamphlets sind sämtlich im Umfeld der sog. „Freien Kamaradschaften" angesiedelt, die sich historisch am SA-Modell orientieren und neofaschistischen Organisationsmodell von Christian Worch und Thomas Wulff untergeordnet sind. Diese haben nach dem Verbot der NL das „freie und nationale Aktionsbündnis Norddeutschland" ins Leben gerufen und umgehen bisher mit diesem Modell ein erneutes Verbot ihrer Organisation.

Wenn auch die gewählten Bezeichnungen auf dem gefundenen Aktionsaufruf bisher keine eindeutigen Schlüsse darauf zulassen, ob die bezeichneten Gruppen als solche überhaupt existieren und welche Einzelpersonen hinter dem Terror stehen, so ist zumindest deutlich, daß ein Zusammenhang zum „Hamburger Sturmn" besteht, einer in Hamburg hergestellten und in der Nazi-Szene auch überregional gelesenen Propaganda-Postille.

Dort wurde vor wenigen Monaten ein Interview mit einer so genannten "Braunen Zelle" veröffentlichte, in dem offen zum Untergrundkampf aufgerufen wurde.

Hoffentlich trägt hier die Recherchearbeit der Hamburger Antifas Früchte und kann zu einer genaueren Eingrenzung der für die Anschläge unmittelbar verantwortlichen Gruppen bzw. Personen beitragen.

In einer Erklärung des KSK betonen die BewohnerInnen darüberhinaus einen Zusammenhang des Anschlages zu einer Hetzkampagne des Hamburger Abendblattes im Vorfeld des Nazi-Aufmarsches in Bergedorf im Juli diesen Jahres. Die seinerzeit erschienen Artikel werden im Hinblick auf die Nazi-Attacken der letzten Zeit zurecht als geistige Brandstiftung und Ermutigung für die Nazis gewertet.

Jede weitere öffentliche rassistische und nazistische Hetze in den bürgerlichen Medien stärkt dem neofaschistischen Mob dem Rücken, ebenso wie auch CDU gestützte Bürgerwehren gegen Flüchtlinge, Bauwagenplätze und linke Zusammenhänge für die militante Auslebung der (Neo)-Nazi-Menschenfeindlichkeit verantwortlich sind.

Es gilt die geistigen und tatsächlichen Brandstifter öffentlich zu machen und für die geschehenen und vermutlich geplanten zukünftigen Anschläge zur Verantwortung zu ziehen.

Schließlich teilen wir die Vorgehensweise und Position des KSK, keine Bullen einzuschalten. So hat sich nach den Nazi-Angriffen in Norderstedt wieder einmal bestätigt, daß deren Ermittlungsziel in solchen Fällen eher die angegriffenen linken Zusammenhänge sind. Zudem wird die Gefahr des Neofaschismus nach wie vor nicht mit sog. „rechtsstaatlichen" Mitteln gebannt werden, sondern nur durch eine konsequente offensive antifaschistische Politik.

XY

Bauwagenplatz von Faschisten angegriffen – Polizei droht BewohnerInnen...

Am frühen Morgen des 2. Oktobers griffen Neonazis den Norderstedter Bauwagenplatz „Phase I" an und beschädigten einen PKW und mehrere Bauwagen erheblich.

Gegen 4 Uhr morgens stürmten etwa ein Dutzend „Sieg Heil"-Rufende und mit Baseballkeulen bewaffnete Nazi-Skinheads auf das Gelände nahe Norderstedt-Mitte, randalierten auf dem Platz, schlugen zahlreiche Fensterscheiben der bewohnten Wagen ein und richteten an einem dort abgestellten PKW Totalschaden an. Immer wieder überlegten sie laut, auch in die Wohngefährte einzudringen.

Obwohl um 4.03 Uhr auch die Polizei durch einen Anwohner von dem Angriff erfuhr, kehrte ein Einsatzfahrzeug des Norderstedter Reviers nach kurzem Augenschein um, nahm keinen Kontakt zu den BewohnerInnen auf, während sich die weiterhin anwesenden Faschisten zwischen den Wagen versteckten. Als die Streife wieder abgerückt war, jagten die Nazis einen aus seinem Wagen kommenden Bewohner bis auf den angrenzenden Müllberg. Insgesamt fast zwanzig Minuten lang tobten sich die Faschisten auf dem Gelände aus, zerstörten dabei auch mehrere Fahrräder sowie andere Gebrauchsgegenstände, bevor sie ihre anscheinend geplante Aktion beendeten und laut Augenzeugen in zwei PKW's mit Segeberger- und Pinneberger Kennzeichen Richtung Hasloh verschwanden. Wohl nur zufällig entschieden sie sich, nicht in die Wagen einzudringen.

Der nächtliche Angriff auf den Bauwagenplatz war aber wahrscheinlich nicht die einzige Aktion der Neonazis an diesem Abend. Gegen 3.15 Uhr klirrten zuvor auch auf der Rückseite des Vorderhauses im Sozialen Zentrum die Scheiben. Mehrere Unbekannte waren hier auf das rückwärtige Gelände des SZ vorgedrungen und hatten zwei Fenster eingeschlagen. Sie flüchteten, nachdem Anwesende SZ-Angehörige vor Ort erschienen.

Hinter den Angriffen vom 2. Oktober haben sich organisierte Neonazis das erste mal seit etwa 5 Jahren wieder mit einer größeren Aktion in Norderstedt „zurückgemeldet". Schon seit mehreren Monaten indes sammeln sich wieder regelmäßig Nazi-Skinheads an den AKN-Haltestellen Quickborn und Hasloh, seit Jahren kontinuierlich in Henstedt-Ulzburg. Und auch im Norderstedter Stadtteil Glashütte machen seit einiger Zeit ein halbes Dutzend junger Rechtsradikaler die Gegend um das Schulzentrum Süd unsicher – im übrigen jeweils von der Polizei gänzlich unbehelligt.

Angehörige des Sozialen Zentrums machten in einer ersten Reaktion deutlich, dass sie die Aktivitäten und Übergriffe der Faschisten nicht dulden werden. Sie kündigten noch am 2. Oktober verstärkte Bemühungen bei der Aufklärung neofaschistischer Organisationsstrukturen sowie aktive Bekämpfung des jetzt auch in der Region erstarkenden Neofaschismus an.

Und „die Norderstedter KriPo", so eine Sprecherin des Sozialen Zentrums, „sollte sich gefälligst um ihre Aufgaben kümmern und nach den Faschisten suchen, anstatt gegen die angegriffenen BauwagenbewohnerInnen zu ermitteln."

Soziales Zentrum 4.10.99

Schill: Rechtsabbieger in Richterrobe

Wenn es stimmt, dass der Feind unseres Feindes unserer Freund sei, dann müssten theoretisch die Hamburger Staatsanwaltschaft und die autonome Szene dicke FreundInnen sein. Begründer dieser „Scheinehe" ist Amtsrichter Schill, der mit seinem justiziellen Eskapaden für allerlei bizarre Konstellationen sorgt. Man hat sich ja schon daran gewöhnt, dass die Staatsanwaltschaft bei Schill-Prozessen regelmäßig zugunsten der Angeklagten Berufungen einlegt, doch zuletzt herrschte verdreht Welt. Anlass war der Prozess gegen einen Genossen, in dem Schill die Anklage versuchte Gefangenenbefreiung und Widerstand gegen Polizeibeamte verhandelt hat. Im Februar diesen Jahres soll der Angeklagte die Festnahme eines Mannes zu verhindern versucht haben, der in der Bernhard-Nocht-Straße PKK-Plakate verklebt haben soll. Dabei kam es zu einer Rangelei zwischen den eingesetzten Beamten und PassantInnen. Doch gleich zu Beginn der Verhandlung machte sich die Staatsanwaltschaft einen Befangenheitsantrag der Verteidigung gegen Schill zu eigen und unterstütze diesen. Der Antrag wurde u.a. mit den öffentlichen Äußerungen Schills zu angeblichen rechtsfreien Räumen, den offensichtlichen Feindbildern und der rassistisch-ideologischen Urteilsfindungen Schills, in den MigrantInnen, Linke und Menschen, die ihm suspekt erscheinen, grundsätzlich hoch verurteilt werden, begründet. Wer mit einem Freund-Feind-Schema wie Schill sein Richteramt ausübe, der könne keinen fairen Prozess führen. Den könne man ohnehin kaum erwarten, bei Schill jedoch darf man sich nicht mal der minimalsten Gewährung formaler Rechte sicher sein. Schill konnte diesen Befangenheitsantrag aus formalen Gründen ablehnen, aber im weiteren Verlauf der Verhandlung führte er nicht nur gegen den Angeklagten, sondern auch gegen die Staatsanwaltschaft im Saal Krieg. Dass die Staatsanwaltschaft am Ende des Prozesses wegen Gefangenenbefreiung und Widerstands „nur" 50 Tagessätze forderte, mag weniger eine Konzession an den Angeklagten gewesen sein, als vielmehr ein Affront gegen Schill, der geradezu zwanghaft den nicht vorbestraften Angeklagten zu 14 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilte.

Diese Verhandlung hat gezeigt, dass Teile des Hamburger Justizapparats zu Schill auf Distanz gehen. Denn politische Justiz möchte sich nicht als politische Justiz dargestellt wissen und Schill verstösst mit seiner unverhohlenen Art, über seine richterlichen Urteile Tagespolitik zu betreiben, gegen dieses „ungeschriebene" Gesetz. Schill ist nicht nur unbequem, er schadet dem Bild einer vermeintlich „unabhängigen" Justiz. Doch je mehr sich Schill innerhalb der Justiz isoliert, um so grösser wird der Zuspruch für ihn in der Öffentlichkeit. Das führt dazu, dass Schill erklärte, wenn die Staatsanwaltschaft im Rahmen des Verfahrens wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung, dass seit dem Flora-Prozess von Mai diesen Jahres gegen ihn läuft, es wage (!) Anklage zu erheben, Schill das Richteramt niederlegen wolle. Man weiss nicht, wem Schill damit drohen wollte, denn eigentlich müsste die Staatsanwaltschaft nun nichts eiligeres tun, als eine Anklageschrift in die Welt setzen. Und in verschiedenen Parteizirkeln scheinen viele nur noch darauf zu warten, dass Schill endlich in die Politik geht:



Vorträge bei der CDU in Blankenese, eine Einladung zum Parteitag der Stattpartei und zur neurechten „Staats- und wirtsschaftspolitischen Gesellschaft" markieren die ersten Schritte Schills vom Richter „Gnadenlos" zum gnadenlosen Politiker. Flankiert von diversen Medienauftritten bei Alsterradio, dem NDR-Fernsehen, Hintergrundgesprächen beim Hamburger Abendblatt und ausführlichen Würdigungen seiner Besuche von RTL-Premierenveranstaltungen in der MOPO-Spalte „Stadtgeflüster", mutiert Schill zunehmend zur öffentlichen Persönlichkeit. Und je irrationaler und paranoider seine Vorstellung von der zu laschen Justiz, Verschwörungen der Generalstaatsanwältin gegen ihn oder angeblichen Mordplänen in der autonomen Szene anmuten, um so mehr scheint er sich in den Augen nicht weniger Menschen als „mutiger Querdenker" für die Karriere als Politiker zu qualifizieren. Was Schills politisches Weltbild angeht, hat er in jedem Fall Aussicht, sich als seriöser Vertreter des formierten rassistischen Konsens der weissen deutschen Mehrheitsgesellschaft zu empfehlen. Das ohnehin bis zur unkenntlich entstellte Grundrecht auf Asyl will er gänzlich abschaffen („wird zu mehr als 90% missbraucht"), Todesstrafe würde er bejahen, wenn es eine parlamentarische Mehrheit gäbe („für ausländische Kriminelle, die zum Töten hierher kommen"), das Alter für die Strafmündigkeit möchte er auf 12 Jahre senken, geschlossene Heime sollen wieder eingeführt werden. Dass „afrikanische Dealer" selbstverständlich sofort abzuschieben sind, Chaoten und rechtsfreie Räume rücksichtslos zu bekämpfen sind, Polizisten demgegenüber für ihre schwere Arbeit bei Schill eine Art Immunität genießen, ist schon kaum noch erwähnenswert. Schill steht für jene gesellschaftliche Entwicklung, die in ihren sichtbaren Auswirkungen in Österreich Haider den Weg an die Macht ebnet, in der Schweiz der gleichnamigen Volkspartei (SVP) satte Stimmengewinne verschafft und auch in der BRD für eine Verfestigung des Trends nach rechts sorgt.

Die öffentliche Diskussion in Hamburg um straffällige Jugendliche, die Teilnahmslosigkeit der Mehrheitsbevölkerung hinsichtlich der Abschiebepolitik des rot-grünen Senats, die Sicherheits- und Sauberkeitspolitik des Senats im Innenstadtbereich, um nur einige Beispiele zu nennen, illustrieren die Angst der weissen Mittelschicht vor dem gesellschaftlichen Kontrollverlust und liefert Figuren wie Schill das Forum für ihre politischen Ambitionen. Wenn allein die Graffities eines Sprayerveteranen OZ ganz Hamburg hysterisch nach Gefängnisstrafe und Einweisung in die geschlossenen Psychatrie rufen lassen, die Mißhandlung von OZ durch einen Wachdienst dann aber lediglich hämische Kommentare in den Leserbriefspalten (bei voller Namensnennung!) nach sich ziehen, dann ist damit das Milieu charakterisiert, die Figuren wie Schill groß werden lässt. Deswegen ist die bisherige Medienkarriere des Amtsrichters Roland Barnabas Schill weder ein Skandal noch besonders schockierend. Allerdings ein anschauliches Portrait der aktuellen gesellschaftlichen Zustände. Und wenn Schill demnächst tatsächlich in die Politik geht, kommt endlich zusammen, was zusammen gehört.

kba

Welcome to Hell

Ein Besuch bei dem zum Tode verurteilten Mumia Abu-Jamal

Mittlerweile hat ein US-Bundesrichter einen Vollstreckungsaufschub für die am 2. Dezember vorgesehene Hinrichtung Mumia Abu-Jamals erlassen. Auch in der nächsten Zeit werden hoffentlich zahlreiche Demonstrationen zur Unterstützung von Mumia Abu-Jamal stattfinden. Bisher war die Mobilisierung eher mau. Werdet aktiv – stay on the move!

»Welcome to God's country - Willkommen im Land Gottes« begrüßt ein verrostetes Schild am Straßenrand die Besucher im südlichsten Zipfel des US-amerikanischen Bundesstaates Pennsylvania. Neben jeder Ansiedlung von mehr als zehn Häusern findet sich hier eine eigene Kirche. Die Bevölkerung ist mehrheitlich weiß, konservativ und tief religiös. Seitdem es mit dem heimischen Kohlebergbau rasant bergab ging, liegt die Arbeitslosigkeit in der Region weit über dem US-amerikanischen Durchschnitt von knapp fünf Prozent. Doch seit einigen Jahren verzeichnet zumindest die Kreisstadt Waynesburg einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung. Der neue Arbeitgeber: ein Hochsicherheitsgefängnis für rund 1 500 Gefangene, deren Bewachung, Versorgung und Besucher die lokale Wirtschaft ankurbeln.

Der weitläufige graue Gebäudekomplex versteckt sich in einer Talsenke hinter meterhoch zu Zäunen aufgetürmten glitzernden Stacheldrahtrollen, zwischen denen feingeharkte Sandstreifen jeden Fußabdruck zeigen. Mit Wachtürmen in allen vier Himmelsrichtungen, in denen sich schemenhaft die Wärter mit ihren Schusswaffen abzeichnen, erinnert die Anlage an den Todesstreifen entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze. Besucher werden durch endlose Gänge eskortiert, vor ihnen öffnen sich ferngesteuert schwere Türen, die sich mit lautem Knall hinter ihnen wieder schließen, bis sie sich in einem fensterlosen und - von zwei Schließern abgesehen - menschenleeren Raum wiederfinden.

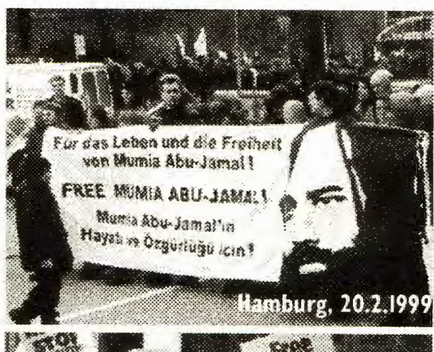
»Welcome to hell - Willkommen in der Hölle«, sagt Mumia Abu-Jamal, als einer der beiden Schließer die Glastür zu der kleinen Besucherzelle öffnet. Der klassische amerikanische Hand-shake entfällt hier. Stattdessen klopft der fast zwei Meter große Mann im schwarz-weiß gestreiften Gefängnisoverall mit den Handschellen, die seine zur Begrüßung ausgestreckten Hände umklammern, gegen eine zerkratzte, mehrere Zentimeter dicke Sicherheitsglasscheibe. Sie trennt die Todeskandidaten von ihren Besuchern.

Die Hölle - der Todestrakt im Hochsicherheitsgefängnis von Waynesburg. Hier lebt die Mehrheit der insgesamt 226 Todeskandidaten des Bundesstaates Pennsylvania. Über die Hälfte von ihnen, um genau zu sein, 139 Männer sind Afroamerikaner aus Pennsylvanias Großstädten Philadelphia und Pittsburgh, obwohl der Anteil der Afroamerikaner an der Gesamtbevölkerung Pennsylvanias gerade einmal neun Prozent beträgt. Der heute 45jährige ehemalige Black-Panther-Aktivist und Radiojournalist Abu-Jamal ist einer von ihnen, er wurde 1982 wegen Mordes an dem weißen Polizeibeamten Daniel Faulkner zum Tode verurteilt.

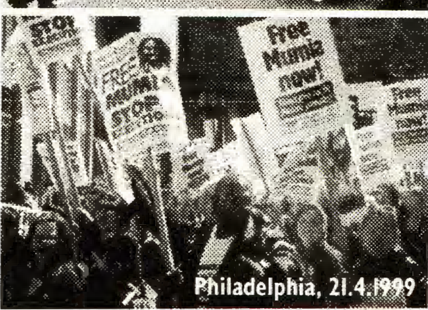
Je nach Sichtweise der Kommentatoren gilt der Mann mit dem durchdringenden Radiobass als »Stimme der Unterdrückten«, »kaltblütiger Mörder«, »Hollywoods Lieblingskrimineller« oder »revolutionärer Schriftsteller«. Kaum ein anderer der landesweit 3 500 Todeskandidaten hat in den letzten Jahren soviel internationale Aufmerksamkeit erhalten wie Abu-Jamal. Amnesty-international-Präsident Pierre Sane und Danielle Mitterand haben ihn besucht und ein neues Verfahren gefordert, DemonstrantInnen in aller Welt finden sich regelmäßig vor den US-amerikanischen Botschaften und Konsulaten ein, um für seine Freilassung zu demonstrieren.



Berlin, 22.7..1995



Hamburg, 20.2.1999



Philadelphia, 21.4.1999

»Doch die Einsamkeit bleibt«, sagt Abu-Jamal, der seit der Veröffentlichung seines Buches »Live aus der Todeszelle« vor vier Jahren zur Symbolfigur für die Anti-Todesstrafen-Bewegung wurde. »Manchmal befürchte ich, dass es einigen Leuten schwerfällt zu sehen, dass ich kein Symbol, sondern ein Mensch bin - mit Hoffnungen, Träumen und Ängsten«, sagt Abu-Jamal auf die Frage, wie er sich mit seiner Rolle in der Anti-Todesstrafen-Bewegung fühlt, und wirft dann mit einer energischen Geste die hüftlangen Dread-Locks über den Rücken. »Meine größte Angst ist momentan, dass viele meiner UnterstützerInnen denken, meine sogenannte Prominenz würde mich davor schützen, hingerichtet zu werden. Ich kann nur hoffen, dass jetzt alle verstehen, dass meine Zeit abläuft und es dem Staat todernst ist, mich umzubringen.«

Abu-Jamal sagt diese Sätze ruhig, aber eindringlich. Am nächsten Tag erwartet er die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA über den Berufungsantrag, den er im vergangenen Herbst gegen die Ablehnung eines neuen Verfahrens durch den Obersten Gerichtshof von Pennsylvania gestellt hat.

Abu-Jamal geht davon aus, dass der Supreme Court in Washington seinen Fall nicht anhören werde: »Nur fünf Prozent aller Fälle, die vor den Supreme Court gebracht werden, kommen zur Anhörung. Außerdem sitzt in diesem Supreme Court kein einziger Richter mehr, der grundsätzlich gegen die Todesstrafe ist - eine einmalige Konstellation in der Geschichte des Supreme Court, in dem es immer mindestens einen erklärten Gegner der Todesstrafe gab.« 24 Stunden später lehnt es der Supreme Court tatsächlich ab, sich mit den Verfahrensfehlern in Abu-Jamals Fall zu beschäftigen.

Nur eine Woche danach nutzt Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge die Gelegenheit, um zusammen mit zwei weiteren Hinrichtungsbefehlen auch den für Abu-Jamal zu unterschreiben und das Hinrichtungsdatum auf den 2. Dezember festzulegen. Der 54jährige Republikaner Ridge hat seit Beginn seiner ersten Amtszeit 171 Hinrichtungsbefehle unterschrieben - »vor allem, um die Gefangenen dazu zu zwingen, ihre Berufungsschritte aufzubrauchen und die langen Wartezeiten bis zur Hinrichtung zu beschleunigen«, wie Tom Childs, der Sprecher des Gouverneurs, stolz erklärt. Dies sei auch notwendig, da in Pennsylvania nach Kalifornien, Texas und Florida landesweit die meisten Todeskandidaten inhaftiert sind. Seit 1995 hat Ridge drei weiße Todeskandidaten mit einer tödlichen Giftspritze in den staatlich angeordneten Tod geschickt - die ersten Hinrichtungen in Pennsylvania seit 1962.

Auch im Fall von Abu-Jamal gehe es darum, ihn zu zwingen, seine Berufungsmöglichkeiten endgültig auszuschöpfen, erwidert Ridge seinen Kritikern mit Unschuldsmiene. Tatsächlich ist Abu-Jamal jetzt gezwungen, seine letzten juristischen Chancen auf der Ebene der Bundesgerichte wahrzunehmen. »Auf dieser Ebene gibt es zwei Instanzen«, erklärt Leonard Weinglass, Abu-Jamals Rechtsanwalt. »Zwei Tage nach der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls haben

wir beim Federal District Court in Philadelphia zwei Anträge gestellt. Zum einen haben wir die Aussetzung des Hinrichtungsbefehls beantragt. Zum anderen haben wir einen sechshundertseitigen Antrag auf ein neues Verfahren gestellt.«
Das Wichtigste sei zunächst einmal, sagt Weinglass, dass der zuständige Einzelrichter am Bundesgericht die Hinrichtung unter Verweis auf die verbleibenden Berufungsmöglichkeiten aussetzt. Über das Ergebnis des Berufungsverfahrens mag er nicht spekulieren. »Seit der Gesetzesänderung 1996, die den Bundesrichtern, die bis dahin immerhin in fast 35 Prozent aller Fälle die Todesurteile der unteren Instanzen aufgehoben haben, wesentlich weniger Entscheidungsfreiheit einräumt, bin ich immer davon ausgegangen, dass Mumia vor einem Bundesgericht auf jeden Fall ein neues Verfahren bekommt. Jetzt hängt es sehr vom Mut des einzelnen Richters ab.«
Auch wenn der Oberste Gerichtshof in Washington gerade mit Anhörungen zu der Frage begonnen hat, welchen Spielraum Bundesrichter tatsächlich haben, sich von den Urteilen der Landesgerichte zu lösen: Mut braucht es allemal, um der Kampagne zu widerstehen, die die Polizeigewerkschaft Fraternal Order of Police, konservative Talkshow- und Nachrichtenmoderatoren und Politiker aus dem gesamten Parteien-Spektrum gegen Abu-Jamal und dessen Unterstützer entfacht haben.
»Niemand weiß, wie lange es dauert, bis die zwei Berufungsmöglichkeiten auf der Bundesebene ausgeschöpft sind«, sagt Abu-Jamal. »Vielleicht sechs Monate, vielleicht anderthalb Jahre. Jetzt muss ich mich erst einmal wieder damit abfinden, in Phase Two zu kommen.« Phase Zwei heißt das unmittelbare Warten auf die Hinrichtung - vierundzwanzigstündige Dauerüberwachung des Todeskandidaten, keine Post und keine Telefongespräche, Besuche nur von den engsten Angehörigen und dem Rechtsanwalt. Schon einmal hat Abu-Jamal fast sechs Wochen unter diesen Bedingungen verbracht. Im Juli 1995 hat Ridge das erste Mal einen Hinrichtungsbefehl unterschrieben, der dann nur fünf Tage vor dem Hinrichtungstermin ausgesetzt wurde.
Die Chancen, dass der neue Hinrichtungsbefehl von dem Bundesgericht ebenfalls ausgesetzt wird, stehen zwar nicht schlecht. Auf der anderen Seite sind diese beiden Instanzen aber auch die letzte Möglichkeit, die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal auf juristischem Wege zu verhindern. Wird das Verfahren von einem der nicht besonders dünn gesäten konservativen Pro-Todesstrafen-Richter verhandelt oder fehlt dem betreffenden Richter der Mut, gegen alle Widerstände eine Anhörung anzuordnen und womöglich sogar für ein neues Verfahren zu entscheiden, wird es nicht lange dauern, bis ein neuer Hinrichtungsbefehl unterschrieben ist. Dieser kann dann von keinem Gericht mehr aufgehoben werden. »Die Auseinandersetzung mit dem Staat geht jetzt in die entscheidende Phase«, sagt Abu-Jamal und appelliert an seine UnterstützerInnen, noch mehr Druck aufzubauen. »Ich habe gar keine andere Wahl, als diesen Kampf bis zum Ende zu führen.«
Seit der Hinrichtungsbefehl unterschrieben ist, ist dieser Kampf zumindest an der Ostküste verstärkt zu spüren: Im Abstand von wenigen Tagen finden Demonstrationen statt, wie am vergangenen Samstag in Philadelphia. Abu-Jamals Fall wird von vielen Radiostationen aufgegriffen, und bei den UnterstützerInnen kommt mehr und mehr Bewegung auf. Sie erhoffen sich am meisten von möglichst breiten Protesten und setzen dabei insbesondere auf internationale Solidarität. »Es macht eben noch mal einen anderen Eindruck, wenn nicht nur die Menschen im eigenen Land, sondern auch in anderen Ländern überall auf der Welt für Mumia demonstrieren«, erklärt eine Unterstützerin.
Aufgegeben hat hier noch niemand, am allerwenigsten Mumia Abu-Jamal selbst: »Ich kann immer noch nicht das Sprichwort vergessen, dass die Wahrheit dich frei machen soll. Ich glaube immer noch daran und ich wäre verrückt, wenn ich das nicht tun würde.« Dann tönt aus dem Hintergrund die Stimme des Schließers: »Visiting time is over - Die Besuchszeit ist vorbei.« Ein letzter Gruß, Handschellen und Fäuste schlagen gegen die Trennscheibe. »Bis zum nächsten Jahr. Stay on the move - Bleibt in Bewegung.«

Von Heike Kleffner und Tobias Singelnstein, Waynesburg, aus Jungle World Nr. 43/99

Dokumentation

„Wir haben in der nacht vom 28.09.99 einen farbflaschen- und buttersäureanschlag auf das cdu-abgeordnetenbüro in hamburg-eidelstedt (eimsbüttel) verübt. Unsere aktion richtet sich gegen die herrschenden einheitsfeierlichkeiten am 03. Oktober in wiesbaden und gegen die immer stärker werdende deutschtümelei und den großmachtwahn.

Faschisten morden und der staat schiebt ab – das ist das gleiche rassistenpack!

In unserer antiimperialistischen aktionsoffensive (die im juli `99 anläßlich des weltwirtschaftsgipfels in köln begann und wir die dresdner bankfiliale in hamburg-niendorf mit teerfarbe und pflastersteinen besuchten oder die dresdner bankfilale in norderstedt (kreis segeberg), die ebenfalls im august `99 mit buttersäure und farbflaschen ins visier genommen wurde, um unsere wut über das todesurteil gegen abdullah öcalan, dem vorsitzenden der kurdischen arbeiterpartei pkk, ausdruck zu verleihen, bis hin zu der farbflaschenaktion im september `99 gegen das spdbüro in hamburg niendorf-nord, um gegen die rassistische abschiebepraxis dieses systems zu agieren) wollen wir versuchen mit militanten mitteln uns in linke politische kampagnen einzureihen, um gleichzeitig andere gruppen zu animieren sich darüber gedanken zu machen, ob es in knallharten repressionszeiten wie diesen nicht wieder bzw. immer noch an der zeit ist, sich mehr/andere aktionsformen zu überlegen wie das ewige lamentieren, debattieren, demonstrieren = einkassieren?!
Die letzten monate waren für uns (und bestimmt nicht nur für uns!) sowas von deprimierend in bezug auf linke politik, sei es auf der strasse oder in diskussionen, so daß wir uns zusammenschlossen und gesagt haben: „neue wege werden betreten – schluß jetzt – taten statt warten!".
Die nazihorden können ungeniert und vor allem ungehindert aufmarschieren, sei es anläßlich der „wehrmachtsausstellung" in hamburg-bergedorf oder zum „rudolf hess gedenkmarsch" in bad bramstedt, elmshorn usw. ... die bundeswehr, allen voran kriegsminister fischer tobt sich in restjugoslawien aus und hierzulande werden sozialabbau und kürzungen im ganz großen stil betrieben und nahezu stillschweigend hingenommen, abgesehen von den letzten wahlen, dessen ergebnisse bereits erahnen lassen, in welche richtung diese ganze scheisse abdriftet.
außerparlamentarische opposition muß sich von jahr zu jahr (so ist zumindest unser eindruck) immer schärfer werdenden repressalien unterziehen. Die antiatombewegung bekam das ebenso zu spüren, wie die unzähligen antifaschistischen gruppen/zusammenhänge und die vielen kurdischen genossinnen, die sich halt auch auf der strasse nicht den mund verbieten lassen.
Oder der (grade jetzt wieder aktuell geworden) immer noch massive fahndungsdruck der international operierenden sondereinheiten der bullen (europol, etc...), im bezug auf gefangenennahme oder liquidierung von ehemaligen rafgenossinnen.
Ganz zu schweigen von den genossinnen, die sich immer noch im knast befinden.

Rote grüße an birgit hogefeld, brigitte mohnhaupt, ali jansen und den rest!
Dass sich deren situation sich jetzt wieder verbessern könne, da sich die staatliche seite gedanken zum thema „amnestie" macht, halten wir (auch wenn wir den pessimismus der anderen selten teilen) für die übliche hinhaltetaktik und ablenkungsmanöver.

Zusammen kämpfen
gegen rassismus, faschisten und sexisten!
feuer und flamme für diesen staat!
euch gehört die macht – uns die nacht!

Autonome zelle „in gedenken an ulrike meinhof"
ulrike meinhof wurde in der nacht vom 07.05.76 auf den 08.05.76 im knast von stuttgart-stammheim ermordet"

Klein-Klein schlägt Wellen

Auch nach der Auflösung der bewaffnet kämpfenden Gruppen in der BRD ist die Geschichte dieses Kampfes nicht zum Ende gekommen. Zumindest der Staatsschutz bewies am 13. Oktober einmal wieder sein Elefantengedächtnis, als er in Frankfurt/M den 56 jährigen Rudolf Schindler festnehmen ließ, dem vorgeworfen wird, als »Mitglied der Revolutionären Zellen« an dem inzwischen 24 Jahre zurückliegenden Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien beteiligt gewesen zu sein, bei dem 3 Menschen umgekommen sind.
Die Festnahme geht – so behauptet es zumindest die Staatsanwaltschaft Frankfurt – auf die Aussagen des vor über einem Jahr in Frankreich festgenommenen RZ-Aussteigers Hans-Joachim Klein zurück. Klein hatte sich 22 Jahre versteckt gehalten. In den Jahren vor seiner Festnahme lebte er in einem kleine Ort in der Normandie und versuchte zuletzt – allerdings erfolglos –, über das sog. »Aussteigerprogramm« des Vergfassungsschutzes in die BRD zurückzukommen.
Nach seiner Festnahme arbeitete er monatelang mit den Ermittlern zusammen. Rund 100 Blatt soll das Vernehmungsprotokoll aus zehn Verhören beim BKA umfassen.
Was er dabei alles erzählt hat, geben seine AnwältInnen bisher nicht preis. Die Festnahme von Rudolf Schindler spricht allerdings eine deutliche Sprache: Von seiner Behauptung, er werde keine Namen nenne, wegen ihm müsse niemand abtauchen, die er vor 20 Jahren in seinem Abrechnungsbuch »Rückkehr in die Menschlichkeit« gemacht hatte, will Klein wohl heute nichts mehr wissen. Vielmehr scheint sich die Prognose der RZ zu bestätigen, die damals unter dem Titel »Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter« geschrieben hatten: »Die ersten Namen im JEMAND-Brief, die Veröffentlichung angeblicher Pläne, deren Durchführung er angeblich damit vereitelt, sind die ersten Signale – auch für die Bullen, daß er zum Deal bereit ist, wenn er's nicht mehr aushält oder wenn sie ihn erwischen.«
Zumindest in ihren öffentlichen Stellungnahmen geht die Staatsanwaltschaft davon aus, dass sie aufgrund der Aussagen Kleins noch weitere Menschen festnehmen werden kann. Sie rechnet im kommenden Frühjahr mit einem »Mammut-Prozess mit mehreren Angeklagten sowie an die hundert Zeugen«.

◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

Kein Platz mehr für die Grundidee

Mitte September wurde in Wien RAF-Mitglied Horst Meyer unter merkwürdigen Umständen erschossen. Ralf Reinders von der Bewegung 2. Juni gibt Auskunft über RAF, Kommissar Zufall und das Leben im Untergrund. Das Interview führte Andreas Fanizadeh.

WoZ: Herr Reinders, wie viele Jahre lebten Sie im Untergrund?

Ralf Reinders: Fast fünf. Von November 1970 bis September 1975.

Wie war das, Anfang der siebziger Jahre in der Illegalität?

Zunächst mussten wir lernen, wie man sich eine entsprechende Logistik besorgt. Pässe fälschen, Wohnungen mieten, Autos klauen, Waffen besorgen und so weiter. Waffen kauften wir meistens mit gefälschten Waffenscheinen, also quasi legal. Manchmal kamen sie auch von Kleinkriminellen oder aus dem Ausland. Seltener waren Überfälle auf Waffenläden. Die Wohnungen wurden entweder mit gefälschten Papieren oder von »Legalen«, also der Polizei unbekannten Unterstützern angemeldet. Neben den technisch-organisatorischen Problemen war es aber vor allem wichtig, die politischen Kontakte zu pflegen und die Diskussionen weiterzuführen.

Und das Geld?

Das Geld haben wir uns durch Banküberfälle besorgt. In der Anfangszeit waren wir noch ziemlich unerfahren und haben öfters Banken machen müssen, bis wir in der Lage waren, auch grössere Summen rauszuholen. Jeder bekam damals einen Monatslohn von 600 Mark ausgezahlt. Dazu kamen noch Miete etc. Im Schnitt brauchten wir also pro Person monatlich einen Tausender. Grössere Reisen waren da natürlich noch nicht mit drin. Für unsere illegale Struktur benötigten wir in der ersten Zeit im Monat etwa 20.000 Mark. Anschaffungen wie Waffen, Druckmaschinen, teure Anschlagsvorbereitungen nicht mitgerechnet.

Sie lebten fünf Jahre im Untergrund. Wo haben Sie die meiste Zeit verbracht?

Die ersten neun Monate in verschiedenen Städten in Westdeutschland. Wir dachten anfangs, dort, wo uns die Leute nicht kennen, wären wir sicherer. Das war ein Trugschluss. Wir haben schnell gemerkt, dass wir uns dort, in den kleineren Szenen, nicht so gut wie in Berlin bewegen konnten. Die restlichen Jahre war ich wie die meisten anderen von uns dann überwiegend in Berlin.

Aber in Berlin waren Sie damals doch stadtbekannt?

In Berlin bin ich gross geworden, hier wusste ich, wie ich mich zu bewegen hatte. Natürlich habe ich mein Äusseres leicht verändert, die Haare anders geschnitten, so dass ich nicht den aktuellen Fahndungsbildern entsprach. Auch mal ne Brille aufgesetzt, trotz Eitelkeit. Ansonsten habe ich eigentlich ein relativ ähnliches Aussehen beibehalten, so dass man sich in seiner Haut weiterhin wohl fühlt.

Wie war das mit der Bevölkerung? Hat die nicht, wie jetzt bei der Erschiessung Meyers und der Festnahme Klumps in Wien behauptet, mitgefahndet?

In den ganzen Jahren gab es anhand der Fahndungsfotos keine einzige unmittelbare Wiedererkennung durch Passanten.

Warum nicht?

Die meisten Leute können sich gar nicht vorstellen, dass sie da wirklich jemanden treffen, der »so gefährlich« sein soll. Ausserdem haben die Fahndungsfotos ja nie dem tatsächlichen Aussehen entsprochen.

Das müsste die Polizei doch auch wissen. Warum wird dennoch immer wieder mit den angeblichen Konterfeis öffentlich nach Personen gefahndet?

Ich glaube, dass es eine Polizeitheorie gibt, die besagt, dass eine Massenhysterie am besten dadurch auszulösen ist, dass du jeden auf einem solchen Foto erkennen kannst. Hier geht es eigentlich darum, dass da jeder jeden x-Beliebigen erkennt und verdächtigt. Dass jeder dazu bereit ist, jeden zu denunzieren. Mir sind einige Fälle bekannt, wo durch diese Fahndungshysterie vollkommen Unbeteiligte festgenommen oder gar erschossen wurden. Es gibt, soweit ich weiss, aber keinen einzigen Fall, wo einer aus der Guerilla nach einer direkten Wiedererkennung aus der Bevölkerung festgenommen wurde.

Wurden Sie in den siebziger Jahren bereits von so genannten Zielfahndungskommandos gejagt?

Ich glaube, ab 1973 gab es diese Spezialpolizisten, die sich mit nichts anderem als einer einzigen »gejagten« Person beschäftigten. Aber »gejagt« haben wir uns eigentlich trotzdem nie gefühlt, auch wenn wir auf-

passen mussten.

Derzeit sollen noch mehr als hundert Zielfahnder nach ehemaligen RAF-Leuten suchen. Was heisst das? Sind hundert Elitepolizisten hinter zwei ehemaligen RAF-Leuten her?

Nach eigenen Angaben suchen sie nach der Aktion in Wien jetzt noch ganze drei Leute der ehemaligen RAF. Das würde bedeuten, dass sie zuletzt pro Person - also inklusive Meyer und Klump - jeweils zwanzig Zielfahnder im Einsatz gehabt hätten. Das lässt drei Spekulationen zu: Entweder sie jagen die tatsächlich so intensiv. Oder sie genehmigen sich auf Staatskosten die eine oder andere Weltreise. Oder sie fahnden verdeckt nach wesentlich mehr Leuten, als sie öffentlich bekannt geben. Etwa Personen, die vorsorglich abgetaucht sind und die nie öffentlich zur Fahndung ausgeschrieben wurden.

Warum werden die nicht ausgeschrieben?

Ein Ziel der Polizei ist immer, die Illegalen im Ungewissen zu lassen, sie zu verunsichern. Um herauszukriegen. ob sie überhaupt etwas gegen dich in der Hand haben, ob du tatsächlich wirklich gesucht wirst, müsstest du dich zum Beispiel öffentlich zeigen

Haben sich die Bedingungen für ein Leben im Untergrund sehr verändert?

Es liegen einige Jahre dazwischen. Ein politisches Umfeld ist zum Beispiel sehr wichtig. Wir hatten damals noch eines und konnten uns dadurch viel sicherer bewegen. Es ermöglichte uns auch, Illegale wieder zu legalisieren. Leute die nicht mehr konnten oder aussteigen wollten, konnten praktisch wieder ganz »normal« leben. Natürlich unter einem anderen Namen...

Haben die als mutmassliche RAF-Leute Gesuchten diese Möglichkeit heute noch? Ein Teil der RAF-Aussteiger fand ja auch einst in der DDR Exil ...

Heute wird es viel schwieriger sein. Die politische Basis der RAF ist auseinander gefallen. Die Illegalen sind privat und politisch wesentlich isolierter, als wir das waren. International sieht es auch schlecht aus.

Wie können sich Illegale, die heute noch gesucht werden, dann überhaupt durchschlagen?

Na, leichter ist das bestimmt nicht geworden. In den Banken ist zum Beispiel heute nicht mehr so viel Geld, die Sicherheitsvorkehrungen sind verschärft. Bei traditionell durchgeführten Aktionen musst du für weniger Geld oftmals mehr riskieren. Die Meldeauflagen sind auch strenger geworden. Das heisst, du musst versuchen, technisch Anschluss zu halten Das hängt davon ab, ob du die dafür nötigen Ruhe- und Rückzugsräume mit der entsprechenden Infrastruktur hast. Für den Kopf ist es schwieriger, wenn rundherum politisch alles zusammengebrochen ist. Man ist von einem politisch handelnden Menschen auf einen, der nur noch sein eigenes Überleben sichert, zurückgeworfen. Und das hat wenig mit der Grundidee zu tun, für die man sich einst entschlossen hatte, zu kämpfen.

Halten Sie es für einen Zufall, dass die österreichische Spezialeinheit so schnell alarmiert und in den tödlichen Schusswechsel involviert war?

Dadurch, dass sich die zwei in der Nähe der Uno City aufhielten, wo gerade Tagungen stattfanden und vorbereitet wurden, ist das schon möglich. Immerhin war ja Wien bei der Aktion gegen die Opec-Minister schon einmal Schauplatz einer grösseren Aktion gewesen. Seither ist es nicht unwahrscheinlich, dass dort regelmässig Spezialeinheiten stehen. Sie können zufällig in der Nähe gewesen sein

Die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mutmasst bis heute, ob das RAF-Mitglied Wolfgang Grams von einem GSG-9-Mann in Bad Kleinen quasi hingerichtet wurde. Auch Meyer wurde ersschossen ...

Meyer wurde erschossen, obwohl berichtet wird, dass er zuvor versucht hatte, einer bewaffneten Konfrontation auszuweichen. Er hat ja zunächst eine Beamtin ohne Schusswaffeneinsatz entwaffnet, die ihn mit gezückter Pistole gestellt hatte. Das widerspricht natürlich aller Propaganda über ihn.

(aus: WoZ, Nr. 40, 7.10.99)



„Gebäudebilddatenbank" geplant

Protest vom Landesdatenschutzbeauftragten

„Eine niedersächsische Firma erfasst derzeit mit digitalen Kameras einen Großteil des Gebäudebestandes in der BRD. Nachdem mehrfach Beschwerden bei den Landesdatenschutzbeauftragten eingegangen sind, informiert dieser über das Projekt und die Möglichkeit, sich gegen diese Form der Datenverarbeitung zur Wehr setzen". Aus dessen Veröffentlichung dokumentieren wir folgenden Text:

„Der Tele-Info-Verlag in Garbsen bei Hannover plant, „eine der größten Bilddatenbanken der Welt" unter der Produktbezeichnung „City Server" aufzubauen. Ein in sechs Kleinbussen installiertes, mit jeweils acht Digitalkameras ausgestattetes mobiles Bildaufnahme- und Wiedergabesystem liefert „täglich Millionen punktgenau geokodierte, aufgelöste digitale Farbfotos von Liegenschaften aller Art: Häuser, Gebäude, Straßen, Informationen zur Verkehrsführung in Stadt und Land". Rund viermal pro Sekunde werden in den Kleinbussen die Aufnahmen abgespeichert. Mittels simultaner Bildarchivierung werden Rundumsichten ermöglicht. Jedes Objekt wird aus neun verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Per Satellitennavigation soll die Position der Kamerawagen auf einen Meter genau bestimmbar sein, mindestens alle drei Meter soll auf der digitalen Landkarte künftig ein Panoramabild vorhanden sein. Über Bilderkennungssoftware werden offensichtlich auch Hausnummern erfaßt. Nach Presseberichten sollen 75 bis 80 % aller bebauten Straßen Deutschlands derart registriert werden.

Mit einem gebäudeorientierten Selektionsverfahren sollen sich Wirtschaft, Industrie oder auch Behörden, ohne vor Ort gehen zu müssen, über bebaute Immobilien ein Bild machen können. Verkauft werden soll das System nach Angaben des Verlages an Rettungsdienste, Notärzte, Polizei oder die Einsatzleitung der Feuerwehr, „die sich ein Bild über die Größe eines Hauses, Anzahl der Stockwerke oder den Bauzustand machen müssen". Als weitere Anwendungen werden das Gebäude- und Anlagenmanagement, das Risk-Asessment bei Banken und Versicherungen, die TV-Berichterstattung mit „instant real world image library", Versorgungsunternehmen, Städte- und Verkehrsplanung und sogenannte Carriers (Zuteildienste, Speditionen, Taxizentralen) genannt.

Hauptverkehrsstraßen sollen jährlich, Nebenstraßen zweijährig aktualisiert werden.

Inzwischen haben sich neben diversen Grundstückseigentümerverbänden und den Datenschutzbeauftragten auch die behaupteten NutzerInnen „Feuerwehr" und andere Hilfsdienste von dem Verlag distanziert, sie könnten mit den Bildern „nichts sinnvolles anfangen". Daher kommt der Landesdatenschutzbeautragte auch zu dem Ergebnis: „die Bilddatenbank verfolgt kommerzielle, keine altruisitsche Zwecke. Die Bilder sind personenbezogen, da sie über die Geokoordinaten Adressen und Eigentümern, bzw. Bewohnern zugeordnet werden können."

Ein Widerspruch gegen die Speicherung des genutzten Hauses stehe deshalb nicht nur den EigentümerInnen von Immobilien, sondern ausdrücklich auch NutzerInnen, beispielsweise BewohnerInnen zu. Da es durchaus möglich erscheint, dass der Verlag bei erfolgten Widerspruch zunächst nicht befriedigend auf das Anliegen der Widersprechenden eingeht, sollten sich Betroffene in diesem Falle an den jeweiligen Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden.

Dienstag 02.11.	Dubcafe: **Roots Commandment**	18–23 Uhr
Freitag 05.11.	**epicenta 008** – Dubcafe Allstars	23 Uhr
Samstag 06.11.	**Flohmarkt** auf zwei Stockwerken/Standmiete 1 Kuchen	12 Uhr
	Austellungseröffnung: **Rote Flora – 10 Jahre besetzt**	15 Uhr
	Soliparty des Archivs der Sozialen Bewegungen: Autonomestandarttänze und deren typischen musikalischen Begleiterscheinungen	21 Uhr
Sonntag 07.11.	**Florabegehung** mit einem Kenner des Hauses! Für alle die das Haus nur von außen kennen und sich nie allein reingetraut haben. Cops/VS sind von der Einladung ausgenommen!	15 Uhr
	Film: **»Hotel Terminus** – Leben und Zeit des Klaus Barbie« Ein Film von Marcel Ophüls über den ehemaligen Gestapo-Chef von Lyon	17 Uhr
Montag 08.11.	Konzert: **Die Aeronauten**, support Chewy	21 Uhr
Dienstag 09.11.	Dubcafe: **Weed Acoustix**	18–23 Uhr
Freitag 12.11.	**Les-Bi-Schwuler Kellerclub** 60´s Soul, Indie & Türkpop, NoHouse/NoTechno	22 Uhr
Samstag 13.11.	**»Schill-out-Soliparty«** mit Nadim, Neil (Ambient)/Neda, Pussa, Fini D. (Techno/House) DJ Dirsch, Mike W., Daniel/NX-Cru (Elektro) Elektronische Tanz-und Kulturveranstaltung zur finanziellen Unterstützung der von staatlicher Repression betroffenen FloristInnen. Der Erlös fließt dabei unter anderem den von den Schills Amokläufen Betroffenen zu.	22 Uhr
Sonntag 14.11.	**Klub der kulturell Verunsicherten** – Elektronische Tanzmusik	22 Uhr
Montag 15.11.	Infoveranstaltung zu politischer **Repression und § 129a**	20 Uhr
Dienstag 16.11.	Dubcafe: **A-team Soundflash**	18–23 Uhr
Mittwoch 17.11.	**Natoangriffskrieg gegen Jugoslawien** Vortrag und Diskusionsveranstaltung	19 Uhr
Donnerstag 18.11.	**Class of 1989** – Talkshow mit FlorabesetzerInnen von 1989 und heute über die Besetzung, Träume, Utopien und Kämpfe	20 Uhr
Freitag 19.11.	**Bassplace Roots &Dubreggae**	23 Uhr
Samstag 20.11.	Kino für Kids: **»Flussfahrt mit Huhn«** (ab 6 Jahre)	15 Uhr
	Tanzbar – eine bunte Mischung von den 70ern – heute	22 Uhr
Sonntag 21.11.	**Kino**: großes Kino, große Überraschung, große Gefühle	19 Uhr
Montag 22.11.	**Die Umstrukturierung der westlichen inneren Stadt** zwischen 1989 und 1999 – eine Zwischenbilanz. Als im September '89 die Rote Flora eröffnet wurde, war die politische Arbeit des Projekts mit dem Kampf gegen Vertreibungs- und Umstrukturierungspolitik eng verbunden. Was ist nach 10 Jahren geblieben?	20 Uhr
Dienstag 23.11.	Dubcafe: **Ital-Acoustic**	18–22 Uhr
	Vollmond Orchester	22 Uhr
Donnerstag 25.11.	**The Sound of Voice** – free vokals meet overtone	21 Uhr
Freitag 26. – Sonntag 28.11.	Diskussionswochenende: **Autonome Zentren – Schwarze Löcher im öffentlichen Raum?**	
Samstag 27.11.	Die Wiederauflage des legendären **Dub Club**s, mit Silly Walks Movement, Ire Hi-Fi und als specialguest Kanga Roots Soundsystem	23 Uhr
Sonntag 28.11.	**Schulterclub 71** – Finissage im Salon. Tanzmusik zum Ende der Floraausstellung	21 Uhr
Montag 29.11.	Zur **Geschichte der Antifabewegung** in den letzten 10 Jahren	19 Uhr
Donnerstag 02.12.	**Solikonzert** für Schill-Prozesse mit den **Sterne**n und **Concord**	21.30 Uhr
	Beginn der **Veranstaltung**	19.30 Uhr
Samstag 04.12.	**Tango & Techno for queers & friends** Marga, Ilka, Jan, Sonja & Riebe präsentieren Melancholisches aus Argentinien und Finnland / Luka Skywalker, die Patinnen Teil II & Barbara frickeln an den Plattentellern zu Gunsten der Hamburger Frauenzeitung	22 Uhr

Regelmäßige Termine

montags: vegetarisches/veganes Essen ab 19 Uhr

montags und donnerstags: Archiv der sozialen Bewegungen. Fax:43254754 Telefon: 433007 16–19 Uhr

dienstags: Dubcafe 18–23 Uhr

donnerstags: Kochkollektiv vegetarisch/vegan ab 19 Uhr

1.Freitag im Monat: epicenta Reggae Club ab23 Uhr

1.Samstag im Monat: Frühstück ab11 Uhr